WIEDER BERLIN MIT STEFFEN KRACH

SPD BERLIN

E-Mail berlin@spd.de
Telefon 030 4692-222

SPD BERLIN MÜLLERSTRAßE 163 13353 BERLIN

[redacted]

Berlin, 18. Juni 2026

## IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Sehr geehrter Herr Walter,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länger finden Sie unter https://spd.berlin/wahlprogramm/.

**1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan mit einer mehrjährigen Haushaltslinie auszustatten, einen Queerbeauftragten beim Senat dauerhaft zu verankern und LSBTIQ-Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen langfristig in allen Bezirken zu fördern?**

Queere Rechte sind Menschenrechte. Punkt. Gerade die Regenbogenhauptstadt Berlin darf daran keinen Zweifel lassen. Die SPD steht deshalb fest an der Seite der queeren Community. Wir kämpfen für die Erweiterung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung muss dort ausdrücklich verboten sein.

**2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?**

Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt.

Diese Vielfalt macht Berlin stark. Und wir schützen sie – durch unseren Einsatz für Chancengleichheit, Demokratie und Respekt. Diskriminierung hat in unserer Stadt keinen Platz.

Die Ombudsstelle des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) statten wir deshalb mit mehr Rechten aus. Dazu zählen Initiativ- und Befragungsrechte sowie eine Berichtspflicht. Eine unabhängige Beschwerdestelle Schule ergänzt den Schutz im Bildungsbereich. Neue Gesetze prüfen wir künftig auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG. Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) binden wir frühzeitig ein. Wir bauen Beratungsstellen aus.

Die zusammen mit der Community erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir konsequent um und statten sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir fort.

**3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?**

Die Berliner Verwaltung muss hier vorangehen. Wir stärken das Diversity-Landesprogramm und etablieren eine Leitstelle Diversity. Diese soll die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt stärken und die Sensibilisierung der Beschäftigten voranbringen. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Wir unterstützen eine geschlechterinklusive Verwaltungssprache. Ein Verbot der Verwendung von Sonderzeichen lehnen wir ab.

Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen Ressourcen stellen wir zur Verfügung. Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort.

**4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?**

Bildung muss diskriminierungsfrei sein. Deshalb setzen wir uns für eine queer-, rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula sowie Lehr- und Lernmaterialien ein. Fortbildungen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus stärken wir. In die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte integrieren wir verpflichtend diskriminierungskritische Module – in allen Entwicklungsstufen.

In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir queere Bildung, um Hass und Gewalt vorzubeugen.

**5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?**

Wir bringen geschlechtersensible und altersspezifische Medizin voran. Jede*r soll die beste Behandlung erhalten. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung. Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere für trans* Patient*innen und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung. Gesundheit und Versorgungsstrukturen für queere Menschen sind in Deutschland noch zu ungleich verteilt. Trotz der die Gesetzesänderungen der letzten Jahre braucht es eine gezielte Sensibilisierung, niedrigschwellige Angebote und die Einbindung von queeren Unterstützungsnetzwerken, um das Gesundheitssystem zugänglicher für queere Menschen zu machen.

**6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin konkret entlasten, etwa durch vereinfachte Verfahren bei Stiefkindadoptionen und verpflichtende Schulungen von Mitarbeitenden in Behörden wie Jugendämtern, Standesämtern und Elterngeldstellen zu queeren Familien?**

Für uns ist Familie vielfältig. Unsere Politik trägt dieser Realität Rechnung. Ein-Eltern-, Patchwork-, Regenbogen- und klassische Familien – sie alle gehören zu Berlin. In Berlin und im Bund setzen wir uns für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien ein. Auf Berliner Landesebene wirken wir darauf hin, dass die Verwaltung strukturelle Diskriminierung bekämpft und schulen Beschäftigte verbindlich.

**7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?**

Die SPD Berlin setzt sich für einen Nothilfefonds für queere Orte in Berlin ein, in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel des Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrängnis geratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Einrichtungen des queeren Lebens vor der Schließung bewahrt werden können. Für akut in wirtschaftliche Not geratene queere Clubs soll es ein niedrigschwelliges finanzielles Förderprogramm zur wirtschaftlichen Soforthilfe geben, ebenso wie Beratungsangebote bei Mietrechtsfragen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet werden, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrichtungen richten. Wir initiieren für Clubs erstmals eine Spielstättenförderung. Wir erarbeiten ein Landeskonzept zum Schutz und Erhalt queerer Orte.

**8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?**

Wir bringen geschlechtersensible und altersspezifische Medizin voran. Jede*r soll die beste Behandlung erhalten. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung. Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere für trans* Patient*innen und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung.

Wir sehen auch die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen beim Älterwerden. Viele haben die Sorge, in Alten- oder Pflegeheimen erneut Diskriminierung zu erfahren oder nicht so leben zu können, wie sie es gewohnt sind. Deshalb sind diskriminierungsfreie Angebote wichtig und wir sind froh, dass es diese in Berlin mit queeren Pflege-WGs und einem Qualitätssiegel beispielgebend gibt.

**9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?**

Queere Rechte sind Menschenrechte. Berlin ist und bleibt Regenbogenhauptstadt. Die SPD steht klar dazu und setzt das auch strukturell um. Im Medienbereich ist der LSVD Berlin-Brandenburg bereits im rbb-Rundfunkrat vertreten und bringt dort die Perspektive der queeren Community ein. Diese Beteiligung ist ein wichtiges Signal und wir unterstützen sie ausdrücklich. Im Sport stärken wir Diversity- und Queer-Kompetenzen gezielt weiter. Die Kompetenz- und Koordinierungsstelle für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt im Sport unterstützen wir dauerhaft. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der LSVD auch im Olympia-Kuratorium vertreten ist, damit queere Perspektiven auch in der Spitzensportpolitik gehört werden. Queere Kultur- und Kunstschaffende sind Teil Berlins und prägen diese Stadt. Wir sichern ihre Förderung und stärken ihre Sichtbarkeit in Berlins Kulturlandschaft.

**10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?**

Als SPD Berlin setzen wir uns bereits seit Jahren dafür ein, dass alle Mitarbeitenden von Ämtern, Behörden und Aufnahmeeinrichtungen Sensibilisierungsprogramme zum Umgang mit LSBTQIA*-

Geflüchteten angeboten werden sollen. Diese Sensibilisierungsprogramme sollen in Zusammenarbeit mit entsprechenden zivilgesellschaftlichen Organisationen eingerichtet werden. Darüber hinaus soll in allen Aufnahmeeinrichtungen ein niedrigschwelliger Zugang zu rechtlicher, gesundheitlicher und psychologischer Betreuung für LSBTQIA*- Geflüchtete gewährleistet werden. In allen Aufnahmeeinrichtungen sind LSBTQIA*-inklusive Schutzkonzepte umzusetzen, damit auch für Gruppen mit erhöhtem Diskriminierungsrisiko – insbesondere LSBTQIA*- Geflüchtete – ein gewalt- und diskriminierungsfreies Zusammenleben gewährleistet ist. Bei einer Gefährdungslage oder Gewaltvorfällen müssen Schutzräume zur Verfügung stehen und eine zügige Verlegung in Einzelzimmer oder andere Unterkünfte ermöglicht werden. Zudem sollten weitere Aufnahmeeinrichtungen speziell für vulnerable Gruppen, darunter auch LSBTQIA*-Geflüchtete, geschaffen werden.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

**Ergänzung Frage 1 (August 2026):**

Queere Rechte sind Menschenrechte. Punkt. Gerade die Regenbogenhauptstadt Berlin darf daran keinen Zweifel lassen. Die SPD steht deshalb fest an der Seite der queeren Community. LSBTIQ+-Rechte bleiben unser Maßstab für sozialen Fortschritt und den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 setzen wir konsequent um. Wir entwickeln ihn weiter und sichern ihn finanziell ab.

Wir etablieren in allen Bezirken Queerbeauftragte und verstetigen den Queerbeauftragten auch im Senat. Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen Ressourcen stellen wir zur Verfügung. Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort. Ein Onlineportal macht die Angebote in der Stadt besser erreichbar. Denn: Sichtbarkeit schützt. Solidarität stärkt. Wir etablieren Transitionsrichtlinien für die Berliner Verwaltung, um die Situation für trans*, inter* und nicht-binäre Beschäftigte des Landes Berlin zu verbessern. Ganz besonders schützen wir trans, inter, nicht binäre und agender Menschen** sowie queere BIPoC. Sie brauchen gezielte Unterstützung. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung.

In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir queere Bildung, um Hass und Gewalt vorzubeugen. Zusätzlich brauchen queere Jugendliche sichere Orte, an denen sie Respekt erfahren. Deshalb halten wir queere Jugendzentren und bauen sie aus. Wir stärken Regenbogenfamilienzentren und Peer-Projekte. Auch Anlaufstellen in allen Bezirken sichern wir ab. Zusätzlich schaffen wir mehr Schutzwohnungen und Notunterkünfte. Auch die Jugendhilfe muss queere Lebensrealitäten berücksichtigen und darf Diskriminierung keinen Platz lassen.

Queere Perspektiven in Bildung, Jugend und Familie verankern wir gesetzlich. Dazu gehören ein queeres Jugendforum und regelmäßige Fortbildungen. Berlin fördert queere Kunst und Kultur einschließlich der Erinnerungsarbeit. Ein Landeskonzept schützt queere Orte. Angriffe darauf nehmen wir ernst und handeln entschlossen. Wir richten einen Fonds ein, auf den angegriffene queere Orte niederschwellig zugreifen können.

Die zusammen mit der Community erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir konsequent um und statten sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir fort. Wir kämpfen für die Erweiterung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung muss dort ausdrücklich verboten sein. Auf Bundesebene verteidigen wir das Selbstbestimmungsgesetz. Gleichstellung duldet keinen Aufschub. Gleichzeitig treiben wir die Gleichstellung von Regenbogenfamilien entschlossen voran.